

Bürgerbegehren, das Damoklesschwert über der Kommunalpolitik!

So dankbar ich persönlich für das initiierte Bürgerbegehren gegen die Kreisumbenennung war, so unglücklich war ich über Methoden der Stimmengewinnung pro oder contra Umbenennung. Da wurde teilweise gelogen, dass sich die Balken bogen, oder Bauchgefühle als Tatsachen verkauft. Und zu (un)guter Letzt war auch immer wieder mal zu lesen, dass das doch jetzt mal eine gute Gelegenheit wäre, es „denen da oben“ mal zu zeigen. Der anschließende Bürgerentscheid ging zwar in meinem Sinne aus, bewies mir aber noch einmal eindeutig, warum ich solche Instrumente als denkbar ungeeignet für politische Entscheidungsprozesse halte.

Eigentlich haben wir einen gewählten Stadtrat, der politische Entscheidungen trifft und den wir genau dafür auch gewählt haben. Als Fraktion bringt man einen Antrag ein und nach Prüfung und Aussprache wird darüber entweder geheim oder per Handzeichen abgestimmt. Am Ende des Tages hat man dann eine Entscheidung, die einem gefällt oder auch nicht. Und wie das nun mal in einer guten Demokratie so ist, akzeptiert der Unterlegene der Abstimmung das Ergebnis, wenn auch sicherlich zähneknirschend.

Ein Bürgerbegehren gegen bestimmte Entscheidungen sollte genau das sein, was der Name aussagt: Ein Anliegen der Bürger! Wenn ein Bürgerbegehren von einer oder mehreren Parteien ins Leben gerufen wird, die zuvor bei Abstimmungen im Stadtrat unterlegen waren, hat das einen üblen Beigeschmack von Hintertür-Politik. Da nutzt es auch nicht viel, wenn solche Ansinnen von Personen gestartet werden, die be- und anerkanntermaßen mit der jeweiligen Partei mindestens über eine Mitgliedschaft verflochten sind.

Im nun angestrebten Bürgerbegehren geht um eine geplante Radvorrang-Route durch Düren. Ich habe mir zu dem Thema und der Routenführung an sich noch keine abschließende Meinung gebildet. Die Argumente jedoch, die gegen die geplante Radvorrang-Route ins Feld geführt werden, haben nichts mit Tatsachen zu tun. Hier werden bewusst Zahlen und Einlassungen, die – in solchen Fällen üblich - von der Stadtverwaltung geliefert werden, ignoriert und mit gefühlten, eigenen Wahrnehmungen ersetzt und dann so formuliert, dass der Bürger denken muss, all dies käme von hochoffizieller Seite.

Und auch wenn allem Anschein nach drei Privatpersonen hinter dem Wunsch eines Bürgerentscheids stecken, so ist dies eine durch und durch von der Dürener CDU initiierte und durchorchestrierte Aktion. Alle drei Unterzeichner sind CDU-Mitglied, zwei davon sind sogar Ratsmitglieder. Wie oben schon erwähnt, ist das meiner Meinung nach ein ganz übler Versuch der Politik durch die Hintertür. Und auch dieses Mal ist zu erwarten, dass es mit der Nachprüfbarkeit der Argumente nicht so genau genommen wird und eher Emotionen denn rationelles Denken geschürt werden sollen.

Natürlich sind Bürgerentscheide legitim und im Kommunalrecht NRW verankert. Diese sollen dazu dienen, dass die Bürgerinnen und Bürger bestimmte Entscheidungen auch gegen einen Ratsbeschluss treffen können. Diese sind allerdings nicht dazu gedacht, der Opposition die Möglichkeit zu geben, Abstimmungsniederlagen von hinten durch die kalte Küche dem Bürger zur Entscheidung vorzulegen. Wenn dem so wäre, brauchen wir zukünftig keinen Stadtrat mehr, dann lassen wir alles nur noch den Bürger entscheiden.

Klaus Humme aus Düren